



BERLIN AKTUELL

Ausgabe 178
14. September 2018

EINWURF

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

die parlamentarische Sommerpause ist zu Ende und der Betrieb im Bundestag hat in dieser Woche wieder Fahrt aufgenommen. Aber auch während der Sommerpause war ich nicht untätig. Neben vielen Terminen im Wahlkreis war ich gemeinsam mit dem 1. Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Grosse-Brömer, zu Gesprächen in Kanada. Im nationalen Parlament sowie in den Volksvertretungen von Ontario und Québec standen dabei wichtige politische Themen wie die Migrationspolitik, freier Handel und die Stärkung der Regierungsbefragung auf dem Programm.



Foto: Legislative Assembly of Ontario

Nun geht aber das politische Alltagsgeschäft wieder los. So sind in dieser Woche die Beratungen für den Bundeshaushalt 2019 gestartet.

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

HAUSHALT 2019

Fortsetzung der Investitionsoffensive

In dieser Woche hat der Bundestag die Beratungen zum Bundeshaushalt 2019 sowie zur mittelfristigen Finanzplanung bis 2022 aufgenommen. Mit dem Gesetzentwurf zum Haushaltsentwurf knüpft die Bundesregierung nahtlos am letzten Bundeshaushalt an. Zunächst bedeutet dies auch für das kommende Jahr, dass der Bund keine neuen Schulden aufnehmen wird. Damit wird die Schuldenstandgrenze des Maastrichter Vertrags von 60% des Bruttoinlandsprodukts erstmals seit 17 Jahren unterschritten. Dies ermöglicht zugleich neuen Investitionsspielraum, um die prioritären Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag konsequent und zeitnah umzusetzen:

Infrastruktur: Im Bereich der Infrastruktur werden die Mittel für die Bundesfernstraßen im kommenden Jahr auf rund 7,9 Mrd. Euro weiter aufgestockt. Die Gesamtinvestitionen in die Fernstraßen, Schienen- und Wasserwege des Bundes sollen sich im kommenden Jahr auf rund 15 Mrd. Euro belaufen. Auch das Sonderprogramm zur Brückensanierung wird fortgeführt. Diese Mittel sollen von 740 Mio. Euro im laufenden Jahr auf 760 Mio. Euro erhöht werden. Neben der Verkehrsinfrastruktur stellt auch die Verfügbarkeit von schnellem Internet einen wesentlichen Standortvorteil dar. Das milliardenschwere Breitbandförderprogramm des Bundes, das wir im Jahr 2015 ins Leben gerufen

haben, hat den Breitbandausbau in ländlichen Räumen entscheidend beschleunigen können. Die Bandbreiten der geförderten Projekte werden den Bürgern bis 2019 zur Verfügung stehen. Für die Fortführung des Breitbandförderprogramms sehen wir bis zum Ende der Legislaturperiode Mittel von bis zu 12 Mrd. Euro vor. Nun gilt es, die vorhandenen Mittel so schnell wie möglich in baureife Projekte umzusetzen. An dieser Stelle ist der Bund jedoch auf die Länder und Kommunen angewiesen, die für die Planung und Ausführung der Vorhaben verantwortlich sind. Zur Vereinfachung der Umsetzung von Vorhaben hat das unionsgeführte Bundesverkehrsministerium ein Planungsbeschleunigungsgesetz auf den Weg gebracht, um Planungs- und Genehmigungsverfahren spürbar zu vereinfachen und doppelte Arbeiten zu vermeiden. Auch die Infrastrukturgesellschaft des Bundes (IGA), deren Gründungsbeschluss wir diese Woche im Verkehrsausschuss des Bundestages gefasst haben, ist ein notwendiger Baustein zur Erreichung dieser Ziele. Die IGA wird ab 2021 ihre Arbeit aufnehmen. Mit ihr kann der Bund Autobahnen und ausgewählte Bundesstraßen schneller planen, direkter finanzieren und gesamtnetzorientierter bauen.

Ländliche Räume: Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass wir die Förderung der ländlichen Räume und damit die Gleichwertigkeit der Lebensverhält-

nisse zwischen Stadt und Land intensivieren möchten. Zweifelsfrei ist dies eine klassische Querschnittsaufgabe in der Politik. Neben den bereits beschriebenen Mehrinvestitionen in die Verkehrsinfrastruktur werden ländliche Regionen auch vom Mittelzuwachs beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft profitieren. Dort stehen zur Förderung der ländlichen Entwicklung im kommenden Jahr knapp eine Milliarde Euro bereit. Essentiell für die Förderung der ländlichen Räume ist auch die Unterstützung der Landwirtschaft. Durch die Digitalisierung stehen der Landwirtschaft neue, vielfältige Möglichkeiten zur Verfügung, um nachhaltiger und kostengünstiger zu produzieren. Diese neuen Technologien fördert allein der Bund im kommenden Jahr mit 15 Mio. Euro.

Familien: Der vorgestellte Haushalt sieht vielfältige Entlastungen für Familien vor. Insgesamt sind für familienpo-

litische Maßnahmen Mehrausgaben in Höhe von 800 Mio. Euro vorgesehen. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, werden wir das Kindergeld ebenso wie den Kinderfreibetrag ab 2019 erhöhen. Darüber hinaus wollen wir die Länder dabei unterstützen, die Qualität in der Kinderbetreuung in Kitas zu erhöhen und mehr gebührenfreie Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen. Hierfür werden zwischen 2019 und 2022 5,5 Mrd. Euro bereitgestellt. Familien profitieren aber auch von der Einführung des Baukindergeldes. Angesichts des großen Bedarfs an Wohnraum wird hiermit ein wirksamer Impuls für die Eigumbildung von Familien gesetzt, von dem hunderttausende Familien profitieren werden. Das Baukindergeld kann ab 18. September bei der KfW beantragt werden. Im Bundeshaushalt 2019 sind hierfür 570 Mio. Euro eingeplant, die auf 990 Mio. Euro im Jahr 2022 anwachsen sollen.

Innere Sicherheit: Auf den Bereich der Inneren Sicherheit entfallen insgesamt 5,4 Mrd. Euro. Im Fokus steht dabei insbesondere, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, die Stärkung der Personalausstattung bei den Sicherheitsbehörden des Bundes. So werden bei Bundespolizei, Bundeskriminalamt und beim Zoll knapp 3900 neue Stellen entstehen.

Verteidigung: Der Verteidigungsetat wird auch in 2019 auf 42,9 Mrd. Euro wachsen und damit rund 4 Mrd. Euro über dem Verteidigungsetat von 2018 liegen. Die NATO-Quote steigt somit auf 1,31%. Damit kommen wir sowohl unseren Bündnisverpflichtungen nach und stellen zudem notwendige Investitionen in die Materialerhaltung und Rüstungsbeschaffung sicher. Es wird aber wiederum deutlich, dass für die Modernisierung und die Umsetzung der NATO-Beschlüsse, weitere Mittelerrhöhungen in den kommenden Jahren unabdingbar sind.

BERLIN I

Zu Besuch auf der IFA



Foto: Schnieder

Die Internationale Funkausstellung IFA lockt jedes Jahr Technikinteressierte aus der ganzen Welt nach Berlin. Neben der neuesten Generation von Smartphones und Notebooks stand dieses Jahr die Vernetzung von Geräten im Fokus der IFA. Gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Gordon Schnieder habe ich mir die aktuellen Trends und Entwicklungen präsentieren lassen. Mit dem Breitbandförderprogramm und der 5G-Strategie treibt der Bund die digi-

itale Erschließung des ländlichen Raumes mit Nachdruck voran. Ich gehe davon aus, dass das Angebot die Nachfrage schaffen wird. Daher habe ich mich darüber informiert, welche neuen Anwendungen aus den Bereichen Smart Home, vernetzte Haushaltsgeräte und Unterhaltungselektronik für die zukünftigen Bandbreiten bereitstehen.

Als langjähriger IFA-Aussteller war TechniSat auch dieses Jahr wieder auf der Messe vertreten und präsentierte auf über 800 Quadratmetern interessierten Besuchern und dem Fachpublikum die neuesten Produkte. Auch das Dauner Unternehmen hat sein Produktportfolio um smarte Lösungen für den Haushalt erweitert. Am Stand des Dauner

Unternehmens wurde uns neben der kombinierten Soundbar-Receiver-Einheit SONATA und dem 4K-Monitor MONITORLINE auch der erste Staubsaugerroboter des Unternehmens präsentiert, der im Gegensatz zu den meisten auf dem Markt befindlichen Vergleichsprodukten über einen Lasersensor verfügt und daher Hindernisse erkennt, ohne sie zu berühren. Gleichzeitig greift TechniSat den Megatrend der Sprachsteuerung auf und bringt per Software-Update u.a. die Alexa-Sprachsteuerung auf die TV-Geräte, Receiver und das Smart-Home-System.

Nach den Produktvorführungen stand auch ein Gespräch mit TechniSat-Gründer Peter Lepper über die aktuellen Chancen und Risiken für den Industriestandort Deutschland auf dem Programm.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227 71881

CHEMNITZ

Debatte braucht mehr Sachlichkeit

Die Ereignisse, die rund um das schreckliche Verbrechen in Chemnitz vor zweieinhalb Wochen passiert sind, beschäftigen derzeit viele Menschen in Deutschland. Die Umstände des Tötungsdeliktes, der allen bisherigen Erkenntnissen nach von zwei Asylbewerbern begangen wurde, machen auch mich wütend. Dazu zählt ebenso die Tatsache, dass einer der Täter bereits abgeschoben werden sollte und dies nicht geschah, da seitens der zuständigen Behörde die Abschiebefrist versäumt wurde. Jeder hat das Recht, sich hierüber zu empören und Ängste zu äußern. Das kann aber nicht die Rechtfertigung dafür sein, dass bei Demonstrationen, die im Anschluss von rechten Gruppierungen organisiert wurden, Hitlergrüße gezeigt, nationalsozialistische Sprechchöre angestimmt und gesamte Bevölkerungsgruppen unter Generalverdacht gestellt werden. Bei diesen sogenannten Trauermärschen geht es weder um Trauer noch um die Einforderung von Aufklärung über die Umstände der Tat. Den Organisatoren und einer Vielzahl von Teilnehmern geht es einzig darum, ihrem Hass auf Migranten Luft zu machen. Es ist erschreckend, dass die Organisatoren eine derart große Teilnehmerzahl hinter sich versammeln konnten. Hierfür sind auch Teile des politischen Parteienspektrums verantwortlich. Prominente Vertreter der AfD, wie beispielsweise der rheinland-pfälzische Fraktionsvorsitzende, haben gemeinsam mit Vertretern von Pegida, gewaltbereiten Neonazis und Hooligans an den Demonstrationen teilgenommen. Im Anschluss werden von Seiten der AfD Ausschreitungen, die am Rande dieser Demonstration passiert sind, dann auch noch als „normale“ emotionale Reaktion bezeichnet. Von Vertretern einer Partei, die sowohl im Bundestag und in vielen Landesparlamenten vertreten ist, würde ich erwarten, dass sie zu einer Versachlichung der Debatte beitragen und Lösungen für die Probleme aufzeigen. In einem Rechtsstaat ist es eben nicht normal, wenn für die Taten eines Einzelnen eine gesamte Gruppe sühnen soll, wenn Überfälle auf Personen eines

bestimmten Aussehens oder auf ein jüdisches Restaurant organisiert und auf Demonstrationen rechtsradikale Parolen geduldet werden. Die AfD hat sich in Chemnitz endgültig demaskiert. Sie ist keine bürgerliche Partei, sie ist auch nicht patriotisch. Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat einmal gesagt: „Patriotismus ist Liebe zu den Seinen, Nationalismus ist Haß auf die anderen ...“ Seit Chemnitz steht fest: Patrioten sind die AfD'ler nicht. Es ist wichtig, dass viele Menschen, ob in Chemnitz oder in anderen Teilen Deutschlands, ihre Stimme gegen diese Entwicklung erheben. Wenig verständlich ist für mich in diesem Zusammenhang jedoch, dass auf einem Konzert gegen rechte Hetze in Chemnitz, linksradikale Parolen geduldet werden. So rufen einige Bands, die dort vertreten waren, in ihren Texten zu Gewalt gegen Polizisten und Journalisten auf. Auf Gewalt mit Gewalt zu antworten, ist inakzeptabel.

Teile der Berichterstattung und der öffentlichen Diskussion über die rechten Demonstrationen in Chemnitz suggerieren einen Generalverdacht gegen die gesamte Stadt Chemnitz, Sachsen oder sogar Ostdeutschland. Auch ich habe in der vergangenen Woche Zuschriften erhalten, die dies unterstellen. Das ist natürlich ebenso falsch wie der Generalverdacht der von rechter Seite gegen Flüchtlinge erhoben wird. Die gewaltbereiten Teilnehmer der rechten Demonstrationen sind aus dem gesamten Bundesgebiet angereist. Dahinter steht ein gut organisiertes rechtsextremes Netzwerk, welches Ereignisse wie in Chemnitz für seine ideologischen Zwecke ausnutzt.

Mehr Sachlichkeit und Differenzierung würde der Debatte dieser Tage in allen Bereichen daher gut tun. Hierbei sehe ich insbesondere die CDU als die Partei der Mitte in der Verantwortung. Wir müssen uns in Debatten wie dieser mehr Gehör verschaffen und aufzeigen, dass die Mehrheit in Deutschland sich eben nicht von rechts- oder linksradikalen Parolen einnehmen lässt.

BERLIN II

Austausch mit der Steuerberaterkammer



Foto: Landesgruppe

In dieser Woche haben ich mich gemeinsam mit meinen Kollegen von der CDU-Landesgruppe Rheinland-Pfalz zum Austausch mit Vertretern der Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz getroffen.

Dabei ging es um wichtige Themen wie die derzeitige Diskussion um die Einführung eines Mindestlohns für Auszubildende, steuerliche Entlastungen für mittelständische Unternehmen sowie Vorschläge zur Steuervereinfachung.

BENELUX

Zum Antrittsbesuch in Den Haag



Foto: Schnieder

In dieser Legislaturperiode habe ich den Vorsitz der neuen Parlamentariergruppe BENELUX übernommen. Zu einem ersten Kennenlernen habe ich vor zwei Wochen den Vorsitzenden der Deutschland-Kontaktgruppe im niederländischen Parlament, Pieter Omtzigt (Mitte), in Den Haag besucht. Begleitet wurde ich dabei von meinem Kollegen Otto Fricke.